

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierzeitungslicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 45 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 16.

Berlin, Mittwoch, 26. Februar 1908.

Vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Zeitgemäße Betrachtungen. — Um 1,40 Mk. — Das
Vereinsrecht in der Praxis der Bürgermeister — Allgemeine
Rundschau. — Tätigkeitsberichte. — Gewerksvereins-Zell. —
Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Im Reichschapsamt ist ein Personenwechsel
eingetreten. Freiherr von Stengel, dem man schon
seit einigen Wochen Amtsmüdigkeit nachsagte, hat
endgültig seinen Posten geräumt, der von dem
bisherigen Unterstaatssekretär Sydow eingenommen
worden ist. Der Grund für diesen Personenwechsel
ist darin zu suchen, daß Freiherr von Stengel sich
nicht in der Lage fühlte, die unabwendbare Reform
der Reichsfinanzien mit Erfolg durchzuführen. Ob
es Herrn Sydow gelingen wird, ist freilich auch
noch fraglich.

Die deutsche Arbeiterschaft kann an einem
solchen Ereignis nicht achlos vorübergehen. Die
Gestaltung der Reichsfinanzien ist auch für sie von
außerordentlicher Bedeutung. Sie hat ein leb-
haftes Interesse daran, daß endlich mit dem in-
direkten Steuersystem gebrochen wird und direkte
Reichssteuern eingeführt werden, durch die in aller-
erster Reihe die sogenannten leistungsfähigen
Schulktern belastet werden. Durch das bisherige
System sind stets die Arbeiter am meisten mit-
genommen worden, während die wohlhabenderen
Schichten der Bevölkerung nur in geringem Maße
herangezogen wurden. Dabei wurden die Arbeiter,
ihrem Einkommen entsprechend, in den Einzel-
staaten ebenso schwer getroffen wie die übrigen
Bevölkerungsklassen. Wir erinnern nur an das
preussische Einkommensteuergesetz. In wie rigoroser
Weise ist man da gegen die Arbeiterschaft vorge-
gangen! Alle Wünsche auf Milderung dieses
Gesetzes sind unberücksichtigt gelassen worden. Wir
verweisen auf den Leitartikel in unserer letzten
Nummer und das Schicksal, das die Petitionen
des Zentralrats und einiger Ortsverbände betreffend
Abänderung des § 23 des preussischen Einkommen-
steuergesetzes in der Kommission des Abgeordneten-
hauses gehabt haben. Es darf schon heute als
völlig ausgeschlossen gelten, daß die preussische Re-
gierung den Arbeitern auch nur das geringste Ent-
gegenkommen in dieser Frage zeigt.

Umso mehr müssen sie erwarten, daß endlich
im Reich ein anderer Weg eingeschlagen wird.
Wird der neue Reichschapssekretär die Bahn
wandeln, die nach unserer Ansicht gegangen werden
muß? Unsere Erwartungen sind nicht allzu hoch
gespannt. Freiherr von Stengel ist gegangen,
weil er für seine Pläne nicht die genügende Unter-
stützung fand, weder im Bundesrat noch im
Reichstage. Namentlich die Finanzminister der
Einzelstaaten, an ihrer Spitze der preussische Herr
von Rheinbaben, haben ihm das Leben recht sauer
gemacht. Wir haben keine Ursachen Freiherrn
von Stengel begeisterte Lobeshymnen zu singen.
Er ist der Vater der berüchtigten Reichsfinanz-
reform vom Jahre 1906, die uns das häßliche
Duldet der Fahrartensteuer, der Erhöhung des
Ortsportos, die Zigarettenbanderolensteuer u. a. m.
brachte. Aber eins verdient anerkannt zu werden,
daß er Breiße gelegt hat in die Anschauung, es
dürften keine direkten Reichssteuern erhoben werden.
Die Reichserbschaftsteuer, die 1906 zur Ein-
führung gelangte, war eine direkte Reichsteuer,
mag sie auch noch so unzulänglich gewesen sein.

Freiherr von Stengel war sich dessen auch be-
wußt. Sein Streben ging dahin, die Reichs-
erbschaftsteuer weiter auszubauen. Er wollte auch
die Matrikularbeiträge „veredeln“, d. h. sie ab-
stufen nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen
Bundesstaaten. Ja es scheint, als wenn er auch
anderen direkten Steuerformen nicht abgeneigt
gewesen wäre, hätte er nicht bei dem Herrn
von Rheinbaben so hartnäckigen Widerstand ge-
funden. Deshalb mußte Freiherr von Stengel
gehen; das schwierige Werk bleibt seinem Nach-
folger vorbehalten.

Herr Sydow ist durchaus kein unbeschriebenes Blatt.
Die Erhöhung des Ortsportos und die geplante
Verteuerung der Telefongebühren, sollen die
geistigen Erzeugnisse des neuen Reichschapssekretärs
sein. Das berechtigt nicht gerade zu den besten
Aussichten. Herr von Sydow hat sich damit als
Freund verkehrsfreundlicher Pläne gezeigt, die in die
moderne Entwicklung des Reiches nicht hinein-
passen. Leider darf man auch annehmen, daß er
im Prinzip einen anderen Weg als sein
Vorgänger wandeln wird, daß er die Finanz-
reform durch Einführung neuer beziehungsweise
Vermehrung bestehender indirekter Steuern durch-
zuführen gedenkt. Bei der übergroßen Mehrheit
des deutschen Volkes würde er damit den heftigsten
Widerspruch hervorrufen, und wir möchten dem
Wunsche Ausdruck verleihen, daß der Reichstag
ihm in dieser Richtung nicht folgt. Allerdings
scheint es, als wenn Herr Sydow energisch vor-
gehen will. Er hat bei Uebernahme seines jetzigen
Amtes die Bedingung gestellt, daß er gleichzeitig
Mitglied des preussischen Staatsministeriums wird.
Der Zweck dieser Forderung ist, die Möglichkeit
zu erhalten, im preussischen Ministerium die
Stimmung dahin zu beeinflussen, daß im Bundes-
rat die Stimmen Preußens so abgegeben werden,
daß Entnahmen und Ausgaben des Reiches mit-
einander in Einklang zu bringen sind. Das kann
uns ganz recht sein, wenn Herr Sydow seinen
Einfluß dahin ausbieten will, daß künftighin bei
den Reichsausgaben eine größere Vorsicht und
Sparfamkeit geübt wird. Es ist aber nach unserer
Meinung, wie bereits ausgeführt, auch durchaus
erforderlich, die neuen Reichsausgaben, die un-
bedingt eingeführt werden müssen, auf direktem
Wege zu holen. Wir müssen auch verlangen, daß
die Finanzreform, die sich nun einmal als not-
wendig herausgestellt hat, endlich durchgeführt
wird. Ein längerer Sinauschieben ist durchaus
unangebracht. Gebeßert wird dadurch gar nichts.
Das Volk will endlich einmal wissen, woran
es ist.

Wer objektiv unsere wirtschaftlichen Verhält-
nisse überblickt, wer da sieht, daß das Volk unter
einer noch nie dagewesenen Teuerung leidet, wer
beobachtet, wie bei der gegenwärtigen Geschäftslage
Not und Elend sich in der Arbeiterschaft immer
mehr breit machen, weil die Arbeiter auch zur Zeit
günstiger Konjunktur keine nennenswerten Er-
sparnisse zurücklegen können, der kann unmöglich
seine Zustimmung dazu geben, daß dem Volke
immer mehr neue Lasten aufgebürdet werden.
Leider können wir uns nicht der Hoffnung hin-
geben, daß diese Momente ausschlaggebend sein
werden für die Haltung des neuen Reichschaps-
sekretärs. Umso mehr müssen wir vom deutschen
Reichstage erwarten, daß er alle volksbelastenden
Steuerpläne der Regierung entschieden ablehnt

und darauf dringt, daß die Reichsfinanzreform
durchgeführt wird auf dem Wege der direkten Be-
steuerung, durch welche in erster Linie die wohl-
habenden Klassen getroffen werden.

Am 1,40 Mk. *)

Stimme aus dem täglichen Leben.

Von Magistratssekretär Schön - Berlin.

Rauh weht der Oktoberwind durch die Straßen
der Hauptstadt und raubt die letzten weißen Blätter
den beiden Kastanien, die das Tor eines großen stät-
lichen Gebäudes flankieren. Seine Fassade kühlt
schon von weitem, daß eine Behörde hier ihren Sitz
hat. Es ist Vormittag. Fast unaufhörlich strömen
die Leute durch das Tor in das Innere des Ge-
bäudes, jeder ein Paket mit Karten in der Hand.
Auf einem langen Korridor, dessen Wand die Orien-
tierungstafel: „Zum Bureau für Invalidenversiche-
rung“ trägt, machen sie Halt. Hier sitzen schon die
früher eingetroffenen auf Bänken und Stühlen, ihrer
Abfertigung harrend.

Männigfaltig ist das Publikum, das sich hier zu-
sammenfindet; und doch lassen sich un schwer zwei
ganz verschiedene Kategorien unterscheiden. Die eine
stellt hauptsächlich das weibliche Geschlecht: Junge
Frauen, die eben erst den Bund fürs Leben geschlossen
haben, sind es, die hier die Erstattung ihrer vor der
Verheiratung gezahlten Beiträge aus den Klebetarten
beantragen wollen. Lebenslust und heller Sonnen-
schein liegt auf jedem Gesicht; hängt ihnen doch noch
der Himmel voller Weigen!

Wie ganz anders blicken jene drein, denen Alter
und Krankheit, Sorgen und Entbehrungen den
Stempel aufgedrückt haben. In stumpfer Verzweiflung
und Hoffnungslosigkeit sitzen sie da. Unter letzteren
fällt ein Mann im besten Lebensalter durch sein
Neuheres auf, das darauf schließen läßt, daß er einst
bessere Tage gesehen hat. Eben seufzt er auf, als
2 junge Frauen sichernd an ihm vorüber gehen. Raum
6 Jahre ist es her, da saßen er und seine Wiege als
neuerwähltes Paar auf derselben Bank, da wollte
er sich ihre Mitgift, wie er damals scherzte, die von
ihm gezahlten Beiträge, holen. Es war ja nur eine
recht kleine Summe, wenig über 20 Mk., aber in
dem kleinen Geschäft, das sie selbständig aufgemacht
hatten, war auch der kleinste Beitrag willkommen.
Aber das Glück lächelte unserem Walter Kirchhoff
nicht. Die Konkurrenz war zu groß! Nach 3 Jahren
schwerer Arbeit und ununterbrochener Sorgen, nach-
dem alle Ersparnisse aufgebraucht waren und die
Schulden immer mehr wuchsen, sah er sich gezwungen,
das Geschäft aufzugeben und zu seiner alten Lohn-
beschäftigung zurückzukehren. Um die Schulden
schneller abzahlen zu können, übernahm seine Frau
Aufwartendienste; aber ihr schwächlicher Körper war
der schweren Arbeit nicht gewachsen, nach 2 Jahren
klappte sie zusammen. Und da ein Unglück selten
allein kommt, hatte ihn dieselbe Krankheit bald darauf
gefaßt und ihn nun bereits 26 Wochen nicht arbeiten
lassen. Jetzt liegt auch die Krankenkasse nächstens ab
und die letzte Unterstützung blieb damit aus. Da
hatte ihm der Arzt geraten: Nehmen Sie alle Klebe-
arten, die Sie auffinden können, gehen Sie nach
dem Bureau für Invalidenversicherung und sehen Sie
zu, ob Sie nicht für sich oder Ihre Frau Invaliden-
renten erlangen können.

So war er hierher gekommen, zu der letzten
Hoffnung, die ihm noch blieb. Es kam auch die Reihe
an ihn, und er trug sein Anliegen dem Beamten vor.
„Wo sind die Karten?“ fragte dieser. Kirchhoff legte
zuerst die Karten seiner Frau vor. „Ja, ich finde
hier nur 2 Karten mit 104 Markten, hat Ihre Frau

*) Aus der Zeitschrift „Der Versicherungsbote“, Verlag
von Ed. Altman aus Oldenburg i. Gr., Preis viertel-
jährlich 60 Pfg.

Am die Polizeiverwaltung in Kirchen.

Der Unterzeichnete meldet hiermit für Sonntag, den 22. Dezember, vorm. 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst Jung in Kirchen eine öffentliche Versammlung an. Die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung ersuche ich bei dem Hrn. Herrn Jung niederzuliegen.

Paul Fiegler, Siegen, Hagenerstraße.

Jeder, der auch nur 8 Tage in der Praxis sieht, wird ausgeben, daß diese Anmeldung der gesetzlichen Vorschrift völlig entspricht, ja noch über dieselbe hinausgeht, da es genügt, wenn eine „Versammlung“ angemeldet wird. Doch das Bürgermeistertum in Kirchen dachte anders. Zwar wurde die Bescheinigung ausgestellt; für die Zukunft wurde indessen von dem Herrn Bürgermeister etwas mehr verlangt. Wir lassen die Bescheinigung in ihrem Wortlaut hier folgen:

„Der Empfang der Anzeige betreffend die Abhaltung einer Versammlung des Arbeitersekretärs Paul Fiegler von Siegen am Sonntag, den 22. Dezember 1907, vormittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Gastwirts Ernst Jung zu Kirchen wird bestätigt.“

Kirchen, den 21. Dezember 1907.

Die Polizeiverwaltung.

Der Bürgermeister, gez. Schulz.

Ich muß erwarten, daß fernerhin in dem Antrage angegeben wird, ob eine Vereinsversammlung stattfindet. Andernfalls ist der Zweck der Versammlung anzugeben.“

Ueber den Mißbrauch der deutschen Sprache, welcher in der Verlesung „Abhaltung einer Versammlung des Arbeitersekretärs Paul Fiegler von Siegen“ liegt, brauchen wir uns nicht zu wundern, obwohl es sich ausmachen muß, wenn sich ein Arbeitersekretär „versammelt“. Das ist jedenfalls Amtsspiel. Uns interessiert der von dem Herrn Bürgermeister eigenhändig geschriebene Nachsatz. Die Mißbejaher des Herrn Bürgermeisters ist an und für sich ganz schön und gut. In diesem Falle verrät sie aber eine völlig falsche Auffassung der gesetzlichen Vorschriften. Um aber festzustellen, ob für die Bürgermeisterei Kirchen vielleicht der kleine Verwaltungszustand verhängt sei, wurde an den Herrn Bürgermeister nachstehendes Schreiben gerichtet:

An das Bürgermeistertum in Kirchen.

Am 21. Dezember 1907 meldete ich bei der Polizeiverwaltung in Kirchen eine öffentliche Versammlung an. Auf der Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung wird nun in einer Nachschrift die Erwartung ausgesprochen, daß fernerhin in dem Antrage angegeben wird, ob eine Vereinsversammlung stattfindet, anderenfalls den Zweck der Versammlung anzugeben.“ Ich bin nicht in der Lage, eine Erfüllung dieser Erwartung in Aussicht zu stellen. Die oben bezeichnete Anmeldung entsprach den gesetzlichen Vorschriften. Es bedarf zunächst keines Antrages, sondern nur einer Anzeige. Ein Antrag würde ein Genehmigungsrecht der Behörde voraussetzen. Ein solches ist aber nicht vorhanden. Das Gesetz sagt: „Die Behörde hat darüber sofort eine Bescheinigung zu erteilen.“ Das preussische Vereinsgesetz enthält keine Vorschriften, wonach der Zweck einer Versammlung angegeben werden muß. Die ausgesprochene Erwartung kann daher nur auf irrtümlicher Auffassung beruhen. Falls für die Bürgermeisterei Kirchen andere Gesetze oder Bestimmungen gelten oder vorhanden sind, so ersuche ich um gefl. Angabe derselben. Das preussische Vereinsgesetz gilt meines Wissens für den ganzen Umfang des preussischen Staates. Von einer Bestimmung oder Verordnung, welche dieses Gesetz für den Bezirk der in der preussischen Rheinprovinz liegenden Bürgermeisterei Kirchen aufhebt, ist mir bis heute nichts bekannt geworden.

Einer gefl. Antwort sehe ich gerne entgegen.

Sochachtungsvoll Paul Fiegler.

Eine Antwort ist auf diesen Brief nicht gekommen. Der Verwaltungsstand herrscht nicht in Kirchen. Die nächste Bescheinigung wurde ohne „Erwartung“ ausgestellt. Der Nachweis, daß die Bürgermeisterei Kirchen in der Rheinprovinz liegt, hat anscheinend auch auf das Bürgermeistertum aufklärend gewirkt.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 25. Februar 1908.

Auch die Berliner Handelskammer hat in ihrer letzten Sitzung zu der Gewerbeordnungsnovelle Stellung genommen und leidet einen wenig fortschrittlichen Standpunkt vertreten. Bezüglich des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für Arbeiterinnen wurde gewünscht, daß derselbe nicht bis zum 18. Lebensjahre, sondern nur bis zum 16. vorgeschrieben werden soll. Anstatt des Maximalarbeits-tages von 10 Stunden für Arbeiterinnen wird eine wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden empfohlen, deren Verteilung den Gewerbeunternehmern mit der Einschränkung überlassen werden soll, daß sie an höchstens 3 Tagen in der Woche je bis 11 Stunden arbeiten lassen dürfen.

Wir bedauern diese Stellungnahme der Berliner Handelskammer aufrichtig. Von ihr hätten wir

größeres sozialpolitisches Verständnis erwartet. Unter solchen Umständen braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn in kleineren Orten ebenfalls gegen die geringen sozialpolitischen Fortschritte, die in der Gewerbeordnungsnovelle geplant werden, von den Handelskammern Sturm gelaufen wird.

Krisis. Schon wiederholt mußten wir Mitteilung davon machen, daß in allen Gegenden unseres Vaterlandes gegenwärtig teils die Arbeitszeit vermindert, bezw. Frierzeiten eingelegt, teils Arbeiter entlassen werden oder aber versucht wird, ihre Löhne zu kürzen. Diese Anzeichen der Krise mehren sich von Tag zu Tag. In diesen Tagen ging durch die Zeitungen die Mitteilung, daß der Bergbaubetrieb der bei Zittau gelegenen Kupfer- und Nickelwerke an der sächsisch-thüringischen Grenze eingestellt wurde, weil die erschöpfenden Gänge arm und unlohnend geworden sind. Das Steinkohlenwerk Ibbenbüren bei Lage hat ebenfalls für den größten Teil der Belegschaft Arbeitsbeschränkungen verfügt. In den Arbeitsschneisen überhaupt drängen sich die Arbeitslosen in größerer Zahl zusammen, und aus allen Landesteilen gehen uns Zuschriften zu, die auf die ungenügende Beschäftigung hinweisen. So schreibt uns erst jetzt wieder ein Kollege aus Lauterbach, daß auch dort die Zahl der Arbeitslosen sich täglich mehrt. Kommen die Arbeiter in die Fabrik, so heißt es häufig: „Sie können vorläufig zu Hause bleiben; wir haben keine Arbeit.“

Diejenigen, die sich auch nur das Geringste zuschulden kommen lassen, erhalten sofort die Kündigung. Alle diese Vorgänge zeigen wahrlich mit erschreckender Deutlichkeit, wie schwere Zeiten bereits herangerückt sind und wie traurig die Zukunft ist. Würde die Not wenigstens unter den indifferenten Arbeitern der Ueberzeugung Bahn brechen, daß durch den Abschluß an eine starke Organisation den Arbeitern ein Rückhalt und eine Stütze in schwieriger Zeit geboten wird.

Die große Abrechnung. Vor längerer Zeit unternahm unser Kollege Gustav Hartmann als Generalsekretär des Gewerbevereins der Maschinenbauer den Versuch, durch eine Unterredung mit der Betriebsleitung der Augsburger Maschinenfabrik, wo bekanntlich die Gelben „oben“ sind, dahin zu wirken, daß die Mitglieder des Gewerbevereins jenen gegenüber nicht benachteiligt und auch nicht um Uebertritt in den gelben Verband gepreßt würden. Ueber diese Unterredung hat der dortige Schutzpatron der Gelben, ein Herr Pfeifer, einen langen Bericht in seinem R. Organ „Die Wehr“ veröffentlicht, der die Unterhaltung infolge Weglassung der hauptsächlichsten Stellen aus den Ausführungen Hartmanns in ganz falschem Lichte erscheinen ließ und deshalb auch von uns in Nr. 8 gebührend gewürdigt und widerlegt wurde. Die „Metallarbeiterzeitung“ betrachtete die Geschichte als gefundenes Fressen und gedachte sie gehörig gegen uns auszusprechen. In dessen die Sache wollte nicht recht klappen. So richtige Angriffspunkte waren nicht zu finden. Denn es ist die Pflicht des geschäftsführenden Beamten einer großen Organisation, die Rechte der Mitglieder zu wahren und sie vor Benachteiligungen zu schützen. Das kann auch durch eine Unterredung mit Unternehmern geschehen; ein Grundfalsch, nach dem auch die leitenden Personen des deutschen Metallarbeiterverbandes oft genug schon gehandelt haben.

Nachdem man nun aber auf jener Seite einmal die große Abrechnung angekündigt hatte, mußte etwas geschehen. Man wartete auf neues „Belastungsmaterial“, man suchte und suchte vier lange Wochen, aber man fand nichts. Denn was die letzte Nummer der „Metallarbeiterzeitung“ in dieser Beziehung bringt, ist wirklich herlich wenig und wird selbst die anspruchlosesten Verbändler nicht befriedigen. „Die Berge kreuzen, geboren aber wurde ein armläufiges Mäuslein.“ Und was das originellste ist: als Kronzeuge der „Metallarbeiterzeitung“ muß die „Wehr“ dienen, das Organ der Gelben. Rote und Gelbe im trauten Verein! Und auch die Schwarzen haben sich eingestellt und rufen liebebedürftig: „Wir seien, gewährt uns die Bitte, in eurem Bunde der Dritte!“ Was der Haß gegen die Gewerbevereine nicht alles fertig bringt!

Arbeiterbewegung. Der Streik der Revolverdreher im Automobilbau in Oberschöneweide dauert unverändert fort. — Dagegen ist es in der Maschinenbauanstalt und Elfenbeinerlei von Jachmann in Berlin gelungen, eine Einigung herbeizuführen. Die Firma hat die Lohnabzüge wesentlich ermäßigt, so daß die Arbeiter bereits am vergangenen Sonntagabend die Arbeit wieder aufgenommen haben. — Im Baugewerbe spitzt sich die Lage immer mehr zu. An den verschiedensten Orten ist die Kündigung der bestehenden Tarife erfolgt. Das Streben der Arbeitgeber geht offenbar darauf aus, eine Verlängerung der Arbeitszeit herbeizuführen, hier und da auch die Löhne zu kürzen. Da die Arbeiter nicht gewillt sind, sich derartige Verschlechterungen gefallen zu

früher nicht geklebt?“ „Sie hatte schon fast 5 Karten vor ihrer Verheiratung geklebt“, erwiderte Kirchhoff, „als sie heiratete, hat sie sich aber das Geld herausgeholt lassen.“ „Immer der alte Jammer“, räsonnierte der Beamte. „Hätten Sie damals auf die Auszahlung verzichtet und in der Folgezeit nur alle 2 Jahre 20 Markten der niedrigsten Lohnklasse, also zu 0,14 Mk., geklebt, könnte Ihre Frau jetzt eine Rente von ca. 140 Mk. jährlich beziehen. So ist aber nichts zu machen. Der Invalidenrente beanspruchen will, muß 200 Beitragswochen nachweisen, Ihre Frau hat aber nur 104 nachgewiesen. Der Betrag, den sie feinerzeit ausgezahlt erhalten hat, ist so gering, daß er schon in wenigen Monaten durch die Rente wieder eingebracht wird, er kann nur wenig über 20 Mk. betragen haben; rechnen Sie nun für die Weiterversicherung die 2,80 Mk. (20 Markten à 14 Pfg.) hinzu, so haben Sie durch einen Betrag von kaum 25 Mk. eine jährliche Rente von ca. 140 Mk. versichert. Darum kann nicht dringend genug vor dem Antrag auf Rückzahlung wegen Verheiratung gewarnt werden. Niemand kann wissen, was ihm die Zukunft bringen wird. Damit ist es also nichts. Nun zeigen Sie mal Ihre Karten.“ Kirchhoff legte seine 18 Karten vor. „Ich finde ja hier einen Zeitraum von 3 Jahren, in dem gar nicht geklebt worden ist, wie kam das?“ fragte der Beamte. „Ich bin von 1903 bis 1906 selbständig gewesen; wenn ich selbständig bin, brauche ich doch nicht zu kleben.“ „Zwingen kann Sie allerdings niemand, versicherungspflichtig sind Sie nicht, aber jeder, der sich seinen Anspruch auf die Wohltaten der Invalidenversicherung wahrnehmen will, muß ständig einen bestimmten Beitrag zahlen; wenn das nun kein anderer für ihn tut, muß er's selber machen. Das ist ähnlich so, wie bei jeder anderen Versicherung, der Lebens-, Feuer- u. a. Versicherung. Wer da nicht jährlich seinen Beitrag zahlt, kann auch keine Ansprüche mehr geltend machen. Bei der Invalidenversicherung ist nun der Beitrag äußerst gering. Sie brauchen nur alle 2 Jahre, vom Ausstellungstage der Quittungskarte an gerechnet, 20 Markten der niedrigsten Lohnklasse d. i. zu 14 Pfg. zu kleben, also alle 2 Jahre 2,80 Mk. oder wöchentlich noch nicht 3 Pfg. zu zahlen, um sich eine Rente von etwa 180 Mk. jährlich zu sichern. Das haben Sie aber nicht getan. Ihre Karte 10 ist am 25. Februar 1900 ausgestellt und erst am 31. März 1903 aufgerechnet, sie enthält aber nur 4 Markten; die Anwartschaft war mittig am 25. Februar 1902 erloschen, weil in der Zeit vom 25. Februar 1902 statt 20 nur 4 Markten geklebt sind.“ „Ich habe doch aber nachdem schon wieder fast 3 Karten geklebt“, entgegnete Kirchhoff. „Allerdings sind dann noch 144 Markten geklebt, die genügen aber nicht; denn die Anwartschaft lebt erst wieder auf, wenn Sie von neuem 200 Markten geklebt haben; dann werden auch die verfallenen wieder mitberücksichtigt.“ „Dann sind also auch meine ganzen vor der Verheiratung geklebten 10 Karten ungenügend?“ „Allerdings.“ — „Ja wer soll denn aber alle diese Bestimmungen kennen! Ich habe doch nur aus Unkenntnis die Weiterversicherung unterlassen.“ Die Unkenntnis ist kein Entschuldigungsgrund, zumal Sie auf der Rückseite jeder Karte den Vermerk vorfinden: Jeder Anspruch aus dieser Karte und allen früheren Karten geht verloren, wenn nicht für die 2 Jahre nach der Ausstellung dieser Karte mindestens für 20 Beitragswochen Beiträge entrichtet werden.“ „So habe ich also gar nichts zu hoffen?“ fragte Kirchhoff mühsam. „Ich kann Ihnen nicht die geringste Hoffnung machen.“ „Weshalb ich dann nicht wenigstens mein eingezahltes Geld zurück?“ „Die Beiträge sind als gesetzliche zu Recht verwendet; es liegt also kein Recht vor, sie zurückzufordern.“ „Ja was soll ich denn jetzt aber machen, ich stehe gänzlich mittellos da, die Karten waren meine letzte Hoffnung!“ Wenn Sie mittellos sind, kann ich Ihnen nur anheimstellen, sich an die Armenverwaltung zu wenden.“

Kirchhoff war entlassen. Der letzten Hoffnung beraubt, wandte er nach Hause. Zum Armenvorsteher zu gehen, war das Einzige, was ihm blieb. Und weshalb? Wie sagte der Beamte? Um 1,40 Mk. jährlich, die er zu zahlen unterlassen hatte!

Das Vereinsrecht in der Praxis der Bürgermeister.

Auf dem letzten Verbandstage schilderte der Kollege Fiegler in seinem Referate in ergötzlicher Form die Praxis, welche die Landbürgermeister zuweilen in bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht beobachten. Unter allgemeiner Zustimmung machte er den Vorschlag, für die Landbürgermeister Fortbildungskurse einzurichten, um dieselben in die Geheimnisse des preussischen Vereins- und Versammlungsrechtes einzuführen. Da die Mittel des preussischen Staates zurzeit jedoch nicht ausreichen, um diesen Vorschlag durchzuführen, bleibt nichts anderes übrig, als in gegebenen Fällen die Aufklärung der Bürgermeister selbst zu übernehmen. Von einem gelungenen Versuche in dieser Beziehung erhalten wir durch folgenden, uns zur Verfügung gestellten Briefwechsel Kenntnis.

lassen, sind schon verschiedentlich Konflikte entstanden, die den Ausbruch eines allgemeinen Kampfes für das Frühjahr immer näher gerückt haben. — In Berlin haben die Konfektionsschneider beschlossen, in den nächsten Monat zu treten, da die Unternehmer jedwede Verhandlung über eine Lohnerhöhung abgelehnt haben. — Die Differenzen auf der Glashütte in Oldenburg sind beseitigt. Obgleich sich Arbeitswillige in größerer Zahl gefunden hatten, kam doch ein Abkommen zustande, das den Arbeitern einige Vorteile gewährt. — In Meerane streifen seit einigen Wochen die Schuhwarenarbeiter von Baumann & Walz. — Die Droschkenkutscher und Chauffeurs in München sind in den nächsten Monaten, da die Unternehmer sich weigerten, über einen neuen Lohnvertrag mit ihnen zu verhandeln.

Die Aussperrung der englischen Werftarbeiter dauert unverändert fort, da eine Konferenz der Werftarbeiter mit den Arbeitern erfolglos verlaufen ist. Letztere lehnen jede ihnen zugemutete Lohnverminderung ab. — In Uruguay ist das gesamte Eisenbahnpersonal in den Streit getreten.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Januar 1908 wird auch im „Reichsarbeitsblatt“ recht wenig günstig beurteilt; denn ein weiterer Rückgang der Beschäftigungsgelegenheit in einer ganzen Reihe von Gewerben war unverkennbar. Zum Teil hing das zusammen mit den Witterungsverhältnissen, insofern Frostwetter während des größeren Teils des Monats die Tätigkeit im Baugewerbe beeinträchtigte und die Rhein- und Elbschiffahrt auf 3 Wochen still legte. Diese Störungen wirkten wiederum auf andere Gewerbe zurück. Im übrigen sind es in erster Linie die Eisengießereien und Eisen verarbeitenden Werke, in welchen sich ein Rückgang im Zusammenhang mit den Verhältnissen auf dem amerikanischen Geldmarkt geltend macht, und aus den gleichen Gründen die deutschen Webereien. Hier haben die Verhältnisse zu zum Teil nicht unerheblichen Betriebsbeschränkungen geführt, die bei längerer Dauer nicht ohne Rückwirkung auf die Beschäftigung in den Spinnereien bleiben können. Besonders stark zeigen sich die Rückwirkungen der amerikanischen Verhältnisse in der deutschen Spielwarenindustrie, in der Mangel an Beschäftigung vorhanden ist. Hervorzuheben sind auch die ungünstigen Verhältnisse in der Lederhandschuhindustrie. Davon abgesehen zeigt der Vormonat nicht mehr sehr erhebliche weitere Rückgänge. Insbesondere hat sich die Arbeitlage im Kohlenbergbau, in der elektrischen und chemischen Industrie im allgemeinen noch unverändert günstig gehalten. Im Maschinenbau hat die Nachfrage wohl nachgelassen, indessen hat man sich bisher im allgemeinen mit einer Verkürzung der Arbeitszeit geholfen und von Entlassungen nach Möglichkeit Abstand genommen.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen zeigt sich im Januar 1908 eine Abnahme der Beschäftigungsziffer um 73 778 Personen, wogegen im Vorjahre in der Zeit vom 1. Januar auf den 1. Februar 1907 nur ein Rückgang von 5722 Personen eintrat.

Die Berichte der Arbeitsnachweise lauten, abgesehen von dem Berliner Arbeitsnachweisbericht, nach dem sich die Arbeitslage in Berlin recht ungünstig stellt, überwiegend nicht unglücklicher als im Vormonat, wenigstens wenn man die Jahreszeit und die Witterungsverhältnisse in Betracht zieht.

In den Armen sagen sich beide! Ein geradezu ungläubiges Vorkommnis auf dem Gebiete der Agitation teilt die „Rhein- und Ruhrpost“ mit. In einer öffentlichen, vom christlichen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung, in Vaar referierte der christliche Bezirksleiter Franzen. Am Schlusse seines Referats forderte er die Anwesenden auf, sich zu organisieren und entweder der christlichen oder der „freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaft beizutreten. Wenn schon diese eigenartige Agitationsweise Fremden hervorgerufen mußte, so sollte es doch noch besser kommen. In der Diskussion sprach auch der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Herr Martin. Auch dieser forderte die Versammelten auf, sich der Organisation anzuschließen. Selbstverständlich empfahl er von seinem Standpunkte aus zunächst den deutschen Metallarbeiterverband, unmittelbar im Anschluß daran aber auch die christliche Gewerkschaft.

Man möchte derartige Dinge für erfunden halten, wenn nicht der Gewährsmann zuverlässig wäre und ähnliche Sachen schon öfter berichtet worden wären. Bereits im vorigen Jahre in Dinslaken hat der christliche Redakteur Eckers in erster Linie zum Beitritt in den christlich-sozialen Metallarbeiterverband aufgefordert. Wer dort nicht eintreten wollte, der möge sich den sozialdemokratischen Gewerkschaften anschließen. Man darf daraus schließen, daß hier ein ganz bestimmtes System vorliegt. An und für sich ist es ja erfreulich, wenn die verschiedenen Organisationsrichtungen sich nicht bekämpfen, wenn sie ihre Hauptaugen-

merk darauf richten, daß die große Menge der Unorganisierten in die Organisation gezogen wird. Aber die oben geschilderte Art der Agitation hat denn doch etwas von Unnatürlichem. Auch hier ist es offenbar der Haß gegen die Gewerkschaften, der die sonst so feindlichen Brüder so nahe zusammengeführt hat. Sie pfeifen auf ihre Ideale, auf ihre Weltanschauung, wenn sie nur die Gewerkschaften schädigen können. Daß sie uns mit diesen Mitteln unterliegen werden, werden sie wohl selbst nicht glauben. Solche Dinge müssen aber festgehalten werden, um sie gelegentlich sowohl den „Freien“, wie den Christlichen gehörig unter die Nase reiben zu können.

Ueber die Zahl der Invalidenrenten, die am Ende des verfloffenen Jahres liefen, gibt eine Reihe von Tabellen Auskunft, die den Vorständen der Invalidenversicherungsanstalten vom Reichsversicherungsamt zugegangen sind. Danach liefen die meisten Invalidenrenten, nämlich 86 118, in Schlesien. Ihm folgten die Rheinprovinz mit 74 485, Königreich Sachsen mit 53 791, Brandenburg mit 49 232, Ostpreußen mit 45 178, Hannover mit 44 945, Sachsen-Anhalt mit 41 930. Bei der Anstalt Oldenburg liefen nur 2663, bei Braunschweig nur 5808 Invalidenrenten. Auch bei den Krankenrenten stand Schlesien mit 2314 an der Spitze. Ihm folgten Württemberg mit 1473, Thüringen mit 1320, Berlin mit 1276, Königreich Sachsen mit 1245, Westfalen mit 1130, die Hansestädte mit 1104 und die Rheinprovinz mit 1092. Die geringste Zahl laufender Krankenrenten wies Posen auf, nämlich 68; ihm folgten Oberpfalz und Regensburg mit 70 und Ostpreußen mit 77. Bei den laufenden Altersrenten stand Ende des letzten Jahres das Königreich Sachsen mit 11811 an der Spitze. Ihm folgten Schlesien mit 10324, Brandenburg mit 9284, Sachsen-Anhalt mit 8408, Schleswig-Holstein mit 5625, Hannover mit 5446 und Ostpreußen mit 5098. Die geringste Zahl von laufenden Altersrenten wies Oldenburg mit 611 auf, danach Unterfranken und Altsachsen mit 628, Schwaben und Neuburg mit 760, wie überhaupt die sieben bayerischen Versicherungsanstalten insgesamt 7804 Altersrenten zu verzeichnen hatten, also weniger wie einzelne preussische Provinzen.

China in der Welt voran! Wohl nirgends in der Welt ist die Neigung zu allerlei Vereinigungen und Bündnissen so groß wie in China. Deshalb wird man es auch verstehen, wenn in seinem Bunde: „Die gelbe Gefahr“, ein Herr v. Samson-Himmelfarna ausdrücklich hervorhebt, daß wo irgend in China größere Gewerbe- oder Handelsbetriebe entstanden sind, sofort auch Gilden gebildet werden, welche die Interessen der Arbeitgeber vertreten und die auch über die gesunde wirtschaftliche Entwicklung und über die Preispolitik des Gewerbes wachen, die also gleichzeitig die Aufgaben der Syndikate und der Arbeitgeberverbände erfüllen. Die vereinigten Gilden eines Bezirkes üben auf diese Weise eine unbeschränkte Herrschaft über die Marktlage aus. Mit den ebenfalls in China seit je bestehenden Arbeiterorganisationen verhandeln sie über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wodurch schwere Störungen des Gewerbes bisher vermieden werden konnten.

Das klingt alles recht modern! Wir bezweifeln durchaus nicht, daß es Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Reich der Mitte gibt, die den angegebenen Zwecken dienen. Aber sowohl an innerem Aufbau wie auch an Umfang sind sie sicherlich etwas anderes als die Organisationen bei uns und in den anderen Kulturländern. Das bedingt schon die verschiedentartige wirtschaftliche Entwicklung. Denn von einer Großindustrie, die doch im Grunde genommen die Mutter der Arbeiterbewegung ist, kann in China noch nicht die Rede sein. Immerhin deuten jene Ausführungen darauf hin, daß europäische Einrichtungen allmählich auch durch die chinesische Mauer nicht aufgehalten werden.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1907.

Ortsverband Altenburg. Die Tätigkeit des Ortsverbandes bestand aus 4 Vorstandssitzungen, 3 Ortsverbandssitzungen und 1 öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Borna l. S. Als Redner waren tätig: Kollege Lange vom Ortsverein der Maschinenbauer Altenburg mit dem Referat: Die sozialen Aufgaben der neutralen Berufsvereine Altenburgs. Am 6. Mai sprach Kollege Dietrich-Berlin über: Die Stellung der Gewerkschaften gegenüber dem Holzarbeiterverband. Zum Bezirksrat, welcher hier stattfand, sprach Kollege Ed. Sauer-Beipzig, Ueber den Verbandsrat. Anwesend waren die Vereine Schmölz, Östlich und Crimmitschau, vom hiesigen Ortsverband die Fischer, Schuhmacher und Maschinenbauer. Ferner sei der hiesigen Tagelöhner gedacht, welchen für ihr unermüßliches Entgegenkommen und die Unterstützung unserer Sache Dank gebührt. Die Preiskommission mußte 6 mal in Funktion treten, um die unwahren Angriffe der sozialdemokratischen Volkszeitung zurückzuweisen. Eine kombinierte Sitzung mit den uns nahe stehenden nationalen Vereinen am Orte fand im März

statt, um ein Zusammengehen bei Gewerbegerichts- und bergleichen Wahlen zu erzielen. Der Bürgermeister Hofmann, der in Leipzig, hatte den Wunsch, die Proportionalwahl für das Gewerbegericht einzuführen; jedoch durch die sozialdemokratischen Gewerbegerichtsbeisitzer scheiterte diese Frage. Im August fand eine Bewegung der hiesigen Nähmaschinenarbeiter statt um Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Erteilt wurde eine halbe Stunde, sowie Verbesserung der Wohn- der Lohndarbeiter und geringe Erhöhung der schlechten Akkorde. Die Maschinenbauer waren mit 85 die Fischer mit 2 Mitgliedern beteiligt. In Borna l. S. wurde ein Ortsverein der Bergarbeiter ins Leben gerufen durch die Kollegen Witt, Lange-Altenburg und Sauer-Beipzig. Am 10. November fand die erste öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Schmidt-Oberhausen sprach. Diefelbe verlief sehr unruhig und wurde durch die „freien“ Verbänder gesprengt. Am 19. November fand eine Versammlung behufs Anschließung des Brauereivereins an den Gewerbeverein statt; dieselbe verlief resultatlos; jedoch im Dezember erfolgte der Anschluß. Außerdem wurde eine Petition an den Landtag gefandt, betreffs Einführung des Reichstagswahlrechts für den Landtag. An Arbeit und Ausflüge ist es nicht gefehlt, und die Vertreter haben die volle Schuldigkeit getan. Pflicht der Mitglieder ist es nun, das Gebotene zu beherzigen und für Verbreitung und Stärkung der Organisation Sorge zu tragen.

Dito Schneider, Ortsverbandsvorsitzender.

Ortsverband Halberstadt.

Viele Ortsverbandschriftführer werden sich jetzt, wo sie den Jahresbericht erhalten sollen, in einer schwierigen Lage befinden, da sie oft nicht gerade viel zu berichten haben. So geht es auch unserem Ortsverbande. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden in 3 Sitzungen, 4 Versammlungen und einer gemeinschaftlichen Konferenz der hiesigen Vereinsvorstände erledigt. Als Referat eines Stiftungsfestes wurde ein Vortragabend veranstaltet, dem sich ein gemüthlicher Teil mit Tanz angeschlossen. Trotz des interessanten Themas ließ der Besuch ebenso wie bei den Versammlungen sehr viel zu wünschen übrig. Unter solchen Umständen kann es der Vorstand gar nicht übernehmen, einmal eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, da er dann gewiß sehr wenig, von den Gegnern unterdrückt zu werden. Infolgedessen müssen wir uns auf Haus- und Werkstattagitation beschränken. Im Verlage von Agitationsmaterial der Handelslehrlingsarbeiter sowie der Deutschen Frauen und Mädchen arbeitet der Ortsverband unverdrossen daran, um in nächster Zeit derartige Vereine gründen zu können. Da bei den jetzigen Wahlverhältnissen zum Gewerbegericht, auf einen Erfolg nicht zu rechnen ist, wird der Vorstand mit einem Gesuch an den Magistrat herantreten zwecks Einführung der Verhältniswahl. Arbeit gibt es genügend, denn ein großes unbesetztes Feld liegt noch vor uns. Wir rüsten daher an alle unsere wertigen Ortsverbandskollegen aus an dieser Stelle die Bitte, zahlreicher die Versammlungen zu besuchen, und sich kräftig an dem Ausbau unserer Organisation zu beteiligen. Wenn jeder seine Pflicht tut, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

W. Bloß, Schriftführer.

Ortsverband Mannheim.

Zur Erledigung und Abwicklung der geschäftlichen Angelegenheiten fanden 12 Vertreter, 4 kombinierte und 2 engere Sitzungen, sowie 4 Ortsverbandsversammlungen statt. Zu Anfang des Jahres bestand der Verband aus 16 Ortsvereinen. Es kamen aber im Mai bei der Dezentralisierung der Maschinenbauer 2 weitere Ortsvereine dazu, so daß der Verband am Schlusse des Jahres aus 18 Vereinen bestand.

Die Vertreteritzungen waren jederzeit sehr gut besucht, und was den inneren Ausbau des Ortsverbandes betraf, wurde sehr viel geleistet. Auch hatten wir einen Streit bei der Firma Süddeutsche Drahtindustrie Waldhof, welcher leider für die Arbeiterchaft, trotz mehrwöchentlichen Kampfes, durch die Maulwurfsarbeit des „großen Deutschen“ verloren ging.

In der ersten Ortsverbandsversammlung hielt Kollege Sreud einen Vortrag über den Verbandstag in Berlin, und legte der gut besuchten Versammlung die Bedeutung desselben klar und begründete verschiedene Anträge. Die zweite Versammlung fand in Rheinhausen statt. Auch hier sprach Kollege Sreud über Kaufmannsgerichte. Gleichzeitig erstattete der Gewerbegerichtsbeisitzer Kollege Appel Bericht über den Delegiertentag der Gewerbegerichtsbeisitzer in Oldenburg. In der dritten Versammlung gab der Verbandsdelegierte, Kollege Balzer, einen ausführlichen Bericht über den Verbandstag. Die letzte Versammlung wurde auf dem Waldhof unter sehr reger Beteiligung der Mitglieder abgehalten, die auf die kommenden Gewerbegerichtswahlen aufmerksam gemacht wurden.

Von der Abhaltung eines Stiftungsfestes wurde in diesem Jahre der Ausflüge halber Abstand genommen. Zum Schlusse möchte ich allen Mitgliedsorganisierten zurufen: Organisiert Euch und tretet ein in den Gewerbeverein Hiesig-Dunder! Denn nur wir vertreten wirksam die Interessen des arbeitenden Volkes. Meinen Kollegen aber rufe ich zu: Mühtert für unsere Sache, damit das 20. Jahrhundert dem Gewerbeverein gehört!

Wilhelm Thiergärtner, Schriftführer.

Ortsverband Striegau und Umgegend.

Der Ortsverband, welcher 8 Vereine umfaßt, hatte zu Anfang des Jahres eine Mitgliederzahl von 344. Die Geschäfte wurden erledigt in 4 Generalversammlungen, 4 Vorstandssitzungen und 8 kombinierten Sitzungen. Am 29. März in Waldenburg tagenden Bezirkskonferenz nahmen 2 Vertreter teil. Die Konferenz erstufte insolge zu später Embelung leider nicht den Zweck, den sie erfüllen sollte. Es wird für das Jahr 1908 Aufgabe der hiesigen Verbandskollegen sein, den Bezirksrat, welcher am hiesigen Orte tagen wird, nach Möglichkeit zu dem zu Kempeln, was der eigentliche Zweck der Bezirksitzung ist.

Zur Erlangung geregelter Arbeitszeit und Einführung eines Lohntarifs trat der Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen mit dem Holzarbeiterverband zur gemeinsamen Ausarbeitung zusammen, und beide versuchten mit den Handwerksmeistern in Verhandlungen zu treten. Das ablehnende Verhalten der letzteren führte am 21. Mai zum Streik. Nach einwöchiger Dauer wurde bei einer Firma nach Bewilligung der Forderungen die Arbeit wieder aufgenommen, was zur Folge hatte, daß die übrigen Firmen ebenfalls Zugeständnisse machten und nach 2 Wochen der Streik beendet werden konnte.

Die am 28. Juli abgehaltene Generalversammlung beschäftigte sich unter anderem mit dem Einkommensteuergesetz, indem Kollege Hlße die das Gesetz enthaltende Karten den Anwesenden vor Augen führte. Eine dementsprechende Resolution wurde an den Zentralrat abgesandt.

Zu Ehren des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter, welcher auf ein 80 jähriges Bestehen am hiesigen Orte zurückblickt, veranstaltete der Ortsverband am 11. August ein Verbandsfest, zu welchem auswärtige Kollegen geladen und auch zahlreich erschienen waren. Das Fest darf in allen seinen Teilen als ein wohl gelungenes betrachtet werden. Die Festrede hatte Kollege Neufeld-Berlin freundlichst übernommen. Die vom Kollegen Hahn verwaltete Kuchentischstelle wurde auch dieses Jahr wieder in Anspruch genommen; nur dürfte der eigentliche Wert der gegenständlichen Einrichtung noch zu wenig bekannt sein. Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, sich bei etwa vorkommenden Fällen vertrauensvoll an den Verwalter der Kuchentischstelle zu wenden.

Auch sei an dieser Stelle der unsere Interessen vertretenden „Arbeiter-Zeitung“ Erwähnung getan. Ich bitte alle diejenigen Verbandsangehörigen, welche schnell über die wichtigsten Vorkommnisse unterrichtet sein wollen, durch Abonnements den hiesigen Leserkreis zu vergrößern. Schließlich richte ich an allen Kollegen die dringende Bitte, den Ausschub auch in diesem Jahre energisch zu unterstützen, damit es möglich ist, durch gemeinsame Arbeit auch in unserem Orte unsere Gewerkevereinsfrage ein gutes Stück vorwärts zu bringen. Paul Gurke, Ortsverbandsführer.

Gewerkevereins-Teil.

Berlin. Der neugegründete Ortsverein der Tischler hielt am letzten Mittwoch im Verbandsbureau eine sehr gut besuchte Sitzung ab. Der Vorstand wurde durch eine Anzahl von Kollegen verhärt, um die Agitation möglichst energisch und umfassend durchzuführen zu können. Zu einer gründlichen Debatte führte die Regelung der Arbeitsnachweisfrage, die dann dem Opfermut der Einzelnen eine derartig fruchtbare Lösung fand. Allgemein wurde der Grundgedanke der Gewerkevereinsfrage, die Leistungsfähige Berufsgenossen für sich zu gewinnen, und dann auch dementsprechend gute Arbeitsbedingungen erlangen zu können. Die Veranlassung war vom besten Werke befeuert und mußte den Einbruch erwecken, daß die Anwesenden von dem festen Entschlusse durchdrungen sind, für unsere, und damit

für die Sache der Arbeiter nach besten Kräften einzutreten. Eifrigerweise konnte auch eine stattliche Anzahl von Neuaufnahmen erfolgen, so daß der junge Verein auch für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt. Mögen die Kollegen aus anderen Berufen, die auf Bauten beschäftigt sind, den Ortsverein der Tischler durch Zuführung recht vieler neuer Mitglieder unterstützen. X.

Wismar. Unser Ortsverband hielt am 19. d. M. eine gut besuchte kombinierte Vorstandssitzung ab. Auf der Tagesordnung stand Stellungnahme zu den Gewerkevereinswahlen und Besprechung über die Gewerkevereinsverhältnisse am Orte. Nach einer lebhaften Aussprache wurde beschlossen, einen Antrag auf Einführung des Proportionalwahlsystems einzubringen. Ferner soll in eine lebhaft Agitation eingetreten werden, um unsere Organisation am Orte zu fördern. Zu Antragsrat der Schwierigkeiten verpflichteten sich sämtliche Vorstände, dafür einzutreten, daß sich die einzelnen Ortsvereine untereinander und auch der Ortsverband die Ortsvereine mehr als bisher talfräftig unterstützen. Es sollen künftighin auch Handzettel verteilt werden, um Nichtorganisierte in die Besammlungen zu bringen. Hoffentlich bleibt es nicht bei den Beschlüssen, sondern jeder tut sein möglichstes, um auch wirkliche Erfolge zu erzielen. A. Gerde, Sekretär.

Verbands-Teil.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (D.G.V.). Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2 - 10 1/2 Uhr. Gäste willkommen. **Gewerkevereins-Klub (G.V.).** Jeden Donnerstag, abends 7-11 Uhr, Lehnungshaus in Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. **Distriktsklub Moabit.** Jeden Freitag, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 53. Freitag, 28. Februar, Vortrag des Kollegen Erlesen über: „Standes- und Klassenbildung“. Gäste sehr willkommen. **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Der Jahlabend am 29. Februar fällt des Rasenballs wegen aus. — Sonnabend, 29. Februar. **Maschinenbau u. Metallarbeiter IV.** Abends 8 1/2 Uhr bei Freiberg, Zeltwerstr. 3. Protokoll. Anträge zum Delegiertentage. Werkstattegelegentheiten. **Verständenes.** **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/223. Vortrag des Verbandssekretärs Eitelberg über: „Neutralität der Gewerkevereine“. **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Stettinerstr. 50. Neuwahl eines Sekretärs. Anträge zum Delegiertentage. **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Dömal Berliner, Brunnenstraße 143. Vortrag des stellvertretenden Generalsekretärs Dornblüth: „Bericht der Generalversammlung der Kranken- u. Begräbnisstätte“.

Orts- und Nebinginalverbände.

Berlin (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nach von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witt, Schulstr. 2, Distriktsbureau. — **Wachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Distriktsbureau bei Reuther, Ecke Hansemannplatz u. Zülcherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttners Hotel, Boosstraße, Distriktsbureau. — **Brandau (Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine, G.V.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Selzenkirchen (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine).** Jeden Sonnabend, abds. 9 Uhr, Probe- und Vereinslokal Pieper (früher Ellerich), Schaller- und Florstraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. (Distriktsklub). Die Sitzungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witt, Brückstraße 16, statt. Gäste willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandbierdr. Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — **Leipzig (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jede Woche Donnerstags, abends 8 1/2 Uhr, im „Prinz von Preußen“ statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg (Distriktsklub).** Sitzung jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, vormittags von 10-12 Uhr bei Schmidt, Kurstraße 51. Vortrag des Herrn Professors Schödel über: „Fortschritt und Armut nach Henry George. Als Beitrag zur Frage der Bodenreform. — **Hagen und Umgegend (Distriktsklub).** Jede Woche Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayr, Kirch- und Bergstr.-Ecke. — **Wachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat (11 Uhr) Vertreteritzung in Wachen, Zülcherstraße 72, Restaurant „Zur Post“. — **Röln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Kater Kolling“, Elstergasse. — **Oberschönweide (Distriktsklub).** Sitzung alle 14 Tage Mittwoch bei Steiner, Wilhelmminenhofstr. 14. Am 26. Februar abends 8 Uhr, Vortrag des Kollegen Weicher über das Unfallversicherungs-gesetz. Gäste willkommen. — **Halle (Distriktsklub).** Mittwoch, 26. Februar, abends 8 Uhr, Distriktsbureau in der Passage bei Frig Lütz. — **Cottbus (Distriktsklub).** Dienstag, 10. und 24. März, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung im Restaurant Kober, Berlinerstr. 120. — **Selzenkirchen (Ortsverband).** Sonntag, 1. März, vormittags 10 Uhr. Vertreteritzung bei Pieper früher Ellerich, Schallerstr., Ecke Florstraße. — **Halle (Ortsverband).** Sonntag, 15. März, nachmittags 4 Uhr im Saale der Vörsenhalle, Große Ortsverbandversammlung. Vortrag des Herrn cand. jur. J. J. Iman über die Bodenreform und andere wichtige Punkte.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin (Maschinenbau- und Metallarbeiter X). Ditte Wege, Vorhabenstr. 80 33, Boverstr. 1 part. bei Sälzler.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Künstlerische Ausführung. — Billigste Preise in
*** Vereinfahren ***
Charpen, Fahnenbindern, Vereinsabzeichen, etc.
Carl Hoff's Fahnenfabrik, Kunststickerol
Biberach a. d. Riss, Württemberg.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Bestschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Ausverbreitung des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
Zeitschriften zum Gewerkevereinsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Beweiser durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 80 Pfg.
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 M., 20 Exemplare 7 M., 30 Exemplare 9 M. und 50 Exemplare 12,50 M.
Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine von Wilhelm Gleichauf. Preis für Gewerkevereiner 2,40 M.
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. — Bestschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Bücher) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 M.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Gelddbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer **Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.**
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Verbandsangehörigen
läuft
nieders nach 8 Uhr abends



und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Nachtlabenschlusses.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.
Verbandsangehörigen!
Allen nach Berlin kommenden Verbandsangehörigen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung bei mäßigen Preisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim Hauswart Büchner, Duergebäude.
Das Bureau des Zentralrats.

Stellenlose
Handelshilfsarbeiter, Hausdiener, Facker u.
erhalten Stellung nachgewiesen durch den **Arbeitsnachweis** unseres **Verbands der Handelshilfsarbeiter.** Meldungen an den Kollegen **Hilbert, Berlin SW., Kochstraße 56.**

Barth (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erh. 50 Pfg. Karten sind zu haben bei **M. Fraym, Baustr. 85/87.** Arbeitsnachweis baselbst.

Bahgen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr von 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei **E. Gerbe, Wendischergarten 24.**

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen **Eudwig Taube, Schuhmachermeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.**

Hohenmölsen u. Umgegend. (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pfg. bei dem Ortsverbandskassierer **Friedrich Kowal, Nordstraße Nr. 10.** Karten bei dem Verbandskollegen **Klempnermeister Schreier, Lützenstraße.**

Hofen (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erh. 75 Pfg. Ortsverbandskassierer. Ist kein Ortsverein des betreffenden Berufes vorhanden, zahlt der Ortsverbandskassierer **Dieter Hertwig, Friedrichstraße 10.**

Stettin (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pfennig Unterstutzung. Meldungen beim Ortsverbandskassierer **Edmund Hartmann, Wiesenstr. 10.**

Hannau i. Schief. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Sommer wie Winter 75 Pfg. bei **Gust. Guder, Große Burgstr. 14.**

W. Gladbach-Heide (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jedes Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkevereinsbureau, Ecke Rüterstr. und Sophienstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofs. Arbeitsvermittlung, sowie Aekunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.